Karin Jaschke

„Verdad, Justicia y Reparación!"

Erinnerungspolitik in Spanien

„Verdad, Justicia y Reparación" – „Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung" für die Opfer der frankistischen Diktatur, das sind die Forderungen, die zahlreiche Initiativen in Spanien noch 36 Jahre nach Ende der Diktatur erheben. Weder wurden die Verbrechen des Regimes aufgeklärt und deren Verantwortliche bestraft noch die Frage der Entschädigungen für die Opferverbände zufriedenstellend gelöst.

Im öffentlichen Raum ist das Vermächtnis des Frankismus vielfach noch sichtbar: Erst Ende Jänner 2011, 36 Jahre nach dem Tod des Diktators, wurde auf einer prominenten Straßenkreuzung in Barcelona eine frankistische Siegesstatue abmoniert – es war die letzte Statue im öffentlichen Raum in Barcelona aus der Zeit der Diktatur.[1] Bis 2005 waren auch noch Reiterstandbilder, die Franco zu Pferde zeigen, in einigen Städten aufgestellt, deren Demontage oftmals von heftigen Protesten begleitet war. Dafür zeigen aber noch Straßennamen und zahlreiche Plaketten auf Gebäuden, dass der Umgang Spaniens mit der Vergangenheit der Diktatur nicht unproblematisch ist.

Im Gegensatz zu Österreich, wo es einen rhetorischen Grundkonsens der Parteien über die Verurteilung des NS-Faschismus gibt, ist die Bewertung der spanischen Zeitgeschichte immer noch umstritten. Die zweite große Partei Spaniens neben der sozialdemokratischen Partido Socialista Obrero Español (PSOE) ist die Partido Popular (PP), die man zwar als rechtskonservativ charakterisieren kann, ihre führenden Vertreter sind jedoch „persönlich oder familiengeschichtlich mit dem Frankismus verbunden".[2] Diese enge Verbindung führte u. a. dazu, dass sich die Partido Popular vom frankistischen Regime lange Zeit nicht eindeutig distanzieren wollte und die Diktatur erst im Jahr 2002, anlässlich des 27. Todestages von Franco, öffentlich verurteilte.

Die Auseinandersetzung des spanischen Staates mit seiner Vergangenheit begann auf Druck von privaten Basisinitiativen und war in erster Linie von innenpolitischen Überlegungen geleitet. Erst in den letzten zehn Jahren wurde die Diskussion rund um die so genannte „Recuperación de la memoria histórica" („Wiedergewinnung des historischen Gedächtnisses") breiter. Zurückzuführen ist dies auf BürgerInneninitiativen, die nach den Massengräbern der zehntausenden verschwundenen republikanischen Opfer des Bürgerkriegs zu suchen begannen.

Republik und Bürgerkrieg

Die Ursachen der aktuellen Auseinandersetzungen mit der spanischen Vergangenheit reichen weit zurück. Nach dem Scheitern der Diktatur von Primo de Rivera wurde am 14. April 1931 die 2. Republik ausgerufen, die mit großen Hoffnungen verbunden war. Die Republik war jedoch auch von heftigen politischen und sozialen Auseinandersetzungen gekennzeichnet, während die Regierung gleichzeitig zahlreiche Reformen in dem rückständigen Land durchführte. 1936 putschte General Franco gegen die linke Volksfrontregierung und begann so einen Bürgerkrieg, für den er Unterstützung durch das faschistische Italien und NS-Deutschland erhielt. Zur gleichen Zeit kam es in den Regionen, wo der Putsch zunächst niedergeschlagen werden konnte, zu einer sozialen Revolution, wobei vor allem in Katalonien und Aragonien Landgüter und Fabriken kollektiviert und ArbeiterInnenmilizen gegründet wurden.

Nach drei Jahren Bürgerkrieg und dem Sieg Francos kam es zu schweren Repressionen gegen die RepublikanerInnen. Zehntausende GegnerInnen des Regimes wurden ermordet, verhaftet, in Arbeitslager gebracht oder ins Exil getrieben. Neben vielen anderen Maßnahmen der Diktatur wurden große Teile der spanischen Bevölkerung auch der eigenen Sprache beraubt, nachdem der Gebrauch anderer Sprachen als Kastilisch in der Öffentlichkeit verboten wurde.

Während der 36-jährigen Diktatur (1939–1975) sollte nicht nur alles, was an die Republik und deren fortschrittliche Maßnahmen erinnerte, wie die Verfassung, Reformen im Agrarsektor und im Bildungsbereich, die Einführung der Zivilehe und der Scheidung rückgängig gemacht werden. Auch die Erinnerung an revolutionäre Maßnahmen wie die Kollektivierung von Land und Betrieben sollte ausgelöscht werden. Auf symbolischer Ebene durfte ebenfalls nichts mehr auf die Republik und die Revolution hinweisen: Kinder, die Namen wie *Constitución* (Verfassung), *Libertad* (Freiheit) oder *Floreal* („Blumenmonat", Monat des Französischen Revolutionskalenders) erhalten hatten, mussten diese in katholische umändern lassen.[3]

Die frankistische Darstellung der Geschichte lautete, dass das „wahre Spanien" einen Kreuzzug gegen die „Anti-Spanier" und gegen ausländische Mächte geführt hätte. Dadurch sollte der Republik jede Legitimität abgesprochen werden. Während der Diktatur wurde die Erinnerung an die Republik, die soziale Revolution und den Bürgerkrieg vor allem von spanischen ExilantInnen der verschiedenen politischen Richtungen im Ausland weitergetragen.

Bereits Ende der 1950er-Jahre kamen jedoch die Parteien der antifrankistischen Opposition in der *Unión de Fuerzas Democráticas* („Vereinigung der demokratischen Kräfte") zu der Übereinkunft, Auseinandersetzungen um die Vergangenheit abzuschließen, um gemeinsam einen demokratischen Wechsel zu erreichen. Dieser so genannte „Pakt des Schweigens" führte dazu, dass es während der *Transición*, dem Übergang von der Diktatur mit dem Tod Francos 1975 zur parlamentarischen Monarchie, und danach zu keiner Aufklärung der Verbrechen während des Bürgerkriegs und der Diktatur kam. In Spanien gab es im Gegensatz zu anderen Ländern keinen eindeutigen Bruch mit dem Regime, sondern einen politischen Übergang, der mehrere Jahre dauerte.[4]

Das Erbe der *Transición*

Während der *Transición* wurde im Jahr 1977 von der frankistischen Übergangsregierung das Amnestiegesetz verabschiedet. Damit wurde einer wichtigen Forderung der Opposition entsprochen, politische Häftlinge zu rehabilitieren. Gleichzeitig wurden mit dem Gesetz jedoch auch die Verantwortlichen des Franco-Regimes für Verbrechen während des Bürgerkriegs und der Diktatur amnestiert. Dieses Gesetz bedeutet, dass bis heute TäterInnen strafrechtlich nicht verfolgt werden können.

Der Richter Baltasar Garzón, der schon mit einem internationalen Haftbefehl gegen den ehemaligen chilenischen Diktator Pinochet für Aufsehen gesorgt hatte, versuchte dies 2008 dennoch. Er eröffnete ein Verfahren gegen hohe Entscheidungsträger der Diktatur und wollte zahlreiche Massengräber öffnen lassen. Daraufhin wurde er nach einer Anzeige der rechtsradikalen Gewerkschaft Manos Limpios im Mai 2010 vorläufig von seinem Amt suspendiert. In der Folge wurde eine Untersuchung eingeleitet, um zu überprüfen, ob er damit gegen das Amnestiegesetz verstoßen habe.

Die PSOE, die nach der *Transición* von 1982 bis 1996 an der Regierung war, bemühte sich weder um eine Aufklärung der Verbrechen der Diktatur oder um ein öffentliches Gedenken an die Opfer des Bürgerkriegs und des Frankismus noch um eine Würdigung der Exilierten, der republikanischen Armeeangehörigen oder der Internationalen Brigaden. 1984 wurden zwar finanzielle Ansprüche der Opfer der politischen Repression anerkannt, diese wurden aber nicht symbolisch geehrt. Erst Jahre später versuchte die Partei, sich als Fürsprecherin der „Memoria histórica" zu präsentieren.[5]

Die Ehrung der Internationalen Brigaden war daher auch auf private Initiativen zurückzuführen. Zwischen 1936 und 1938 waren etwa 35.000 Freiwillige nach Spanien gekommen, um in den Internationalen Brigaden für die spanische Demokratie und gegen den Faschismus zu kämpfen, hauptsächlich SozialistInnen und KommunistInnen. Aus Österreich kamen etwa 1.400 Männer und Frauen.

Eine erste Würdigung durch den spanischen Staat fand erst in den 1990er-Jahren statt. Die kurz zuvor gegründete *Asociación de Amigos de las Brigadas Internacionales* („Vereinigung der Freunde der Internationalen Brigaden") organisierte 1996, zum 60. Jahrestag des Ausbruchs des Bürgerkriegs und der Gründung der Brigaden, eine Reise zur Ehrung der überlebenden InterbrigadistInnen nach Spanien. Auf ihr Engagement und das der Veteranenvereine ist es auch zurückzuführen, dass das spanische Parlament einstimmig beschloss, diesen ehrenhalber die spanische Staatsbürgerschaft zu verleihen, in Anerkennung ihrer Verdienste um die spanische Demokratie. Um die spanische Staatsbürgerschaft annehmen zu können, musste jedoch erst die eigene zurückgelegt werden. Rund 400 betagte ehemalige KämpferInnen der internationalen Brigaden und deren Angehörige – darunter auch ÖsterreicherInnen – reisten zu den Feierlichkeiten an, die u. a. in Madrid, Albacete und Barcelona begangen wurden und auf ein großes Echo in den Medien und in der Bevölkerung stießen, wobei der Premierminister der Partido Popular, José Maria Aznar, an ihrem Empfang nicht teilnahm.[6] Interessanterweise

gab es im Gegensatz zu den InterbrigadistInnen kein vergleichbares Zeichen der Anerkennung für die spanischen RepublikanerInnen. Anscheinend war es leichter, ausländische AntifaschistInnen zu ehren als die Polarisierung der Bevölkerung während des Bürgerkriegs zu thematisieren.

Suche nach den Verschwundenen

Eine breitere öffentliche Auseinandersetzung rund um die so genannte „Rückgewinnung des historischen Gedächtnisses" fand erst seit Ende der 1990er-Jahre statt und wurde „von unten", vor allem von Basisinitiativen bewirkt, als sich Angehörige von Verschwundenen um eine Öffnung der zahlreichen Massengräber bemühten. Die Familien wollten ihre Verwandten finden, um die Überreste der Toten identifizieren zu lassen und angemessen bestatten zu können. Zehntausende republikanische Opfer des Bürgerkriegs und der frankistischen Repression in den Jahren nach dem Krieg waren in ganz Spanien in anonymen Massengräbern vor allem neben Straßen oder außerhalb von Friedhöfen begraben worden, von denen bisher erst ein kleiner Teil exhumiert wurde.

Ausgelöst wurde diese neue Bewegung u. a. durch den Zeitungsartikel „Mi abuelo tambien fue un desaparecido" („Mein Großvater ist auch verschwunden") des Journalisten Emilio Silva, der im Jahr 2000 in der Lokalzeitung La Cronica de Leon erschien. Er beschreibt darin, wie er sich auf die Suche nach dem Grab seines Großvaters machte, der während des Bürgerkriegs verschwunden war. Im Dorf neben dessen Heimatort, Priaranza del Bierzo, gab ihm ein Bewohner den

Erklärungen für die Familienangehörigen bei der Exhumierung von sieben Opfern des spanischen Bürgerkriegs, November 2010, Calzada de Oropesa (Toledo).

Hinweis, dass es „in diesem Dorf mehr Tote außerhalb als innerhalb des Friedhofs gibt." Mit Hilfe der Erinnerungen der Einheimischen konnte die Stelle ermittelt werden, wo nach einer Massenerschießung neben zwölf anderen Personen auch sein Großvater begraben worden war.[7]

Emilio Silva gründete daraufhin die *Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica* („Vereinigung zur Rückgewinnung des historischen Gedächtnisses"), die in den folgenden Jahren mit der Unterstützung zahlreicher Freiwilliger, ArchäologInnen und ForensikerInnen Massengräber in ganz Spanien lokalisierte und exhumierte. Inzwischen haben sich viele weitere Organisationen formiert, und von den Regierungen einiger autonomer Regionen (Katalonien, Andalusien, Aragon) wurden verstärkt Forschungsprojekte zur historischen Aufarbeitung, u. a. der Massengräber, gefördert. Worüber Jahrzehnte nicht offen gesprochen werden konnte und was nur über das kommunikative Gedächtnis innerhalb von Familien weitergegeben wurde, konnte nun erstmals in der Öffentlichkeit breit diskutiert werden.[8]

Im Mai 2011 wurde schließlich von der Regierung eine Landkarte Spaniens veröffentlicht, die zeigt, wo sich die bisher ermittelten Massengräber befinden, von denen 2.246 lokalisiert wurden. Die meisten der bekannten Gräber befinden sich in Aragon und in Andalusien. Von diesen wurden allerdings erst etwa 250 geöffnet. Darüber hinaus fehlen die Daten zu vielen weiteren Massengräbern, von denen die meisten wahrscheinlich weiterhin aufgrund fehlender ZeugInnen im Verborgenen bleiben werden.[9]

„Erinnerungsgesetz"

Als diese Bewegung begann, hatte die PSOE bei den Parlamentswahlen gerade eine schwere Niederlage erlitten. 2000 wurde José Luis Rodríguez Zapatero zum neuen Generalsekretär gewählt. Er versuchte in den folgenden Jahren, die Partei gegenüber der Partido Popular als gesellschaftspolitisch fortschrittlich zu positionieren. So stand er etwa in Opposition zum Irakkrieg, der auf große Kritik in der Bevölkerung stieß. Die Partei vollführte nun auch eine Wende in ihrer Haltung zur Vergangenheitspolitik, um Wählerunterstützung zu gewinnen.

Anlässlich des 27. Todestages von Franco wurde daher am 20. November 2002 von der PSOE und der kommunistischen Izquierda Unida ein Gesetzesvorschlag eingebracht, der Francos Staatsstreich von 1936 und die Diktatur verurteilte und der die Anerkennung und moralische Entschädigung der Opfer des Bürgerkriegs und des Frankismus beinhaltete. Auch die Partido Popular akzeptierte den Vorschlag, die damit einen Schlussstrich unter die Debatte ziehen wollte.

Als im Jahr darauf im Rahmen der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Verfassung auf Initiative der Izquierda Unida erstmals die Opfer der frankistischen Gewalt in Parlament gewürdigt werden sollten, stimmte die Partido Popular als einzige Parlamentspartei gegen den Vorschlag und begründete dies damit, dass die Debatte mit dem Beschluss des Vorjahres abgeschlossen sei. Am 1. Dezember 2003 wurde im Parlament zum ersten Mal eine Ehrung in Anwesenheit von Opfern des

Regimes und VertreterInnen von Opferverbänden durchgeführt, an der Vertreter der Partido Popular nicht teilnahmen.[10]

Nach dem Wahlerfolg der PSOE 2004 im Gefolge der islamistischen Attentaten im Madrider Bahnhof Atocha verfolgte die Partei weiterhin ihre neue Position zur Erinnerungspolitik. Zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Mauthausen besuchte mit José Luis Rodríguez Zapatero 2005 erstmals ein spanischer Ministerpräsident die Befreiungsfeiern, die jährlich in der Gedenkstätte stattfinden, um den spanischen Opfern in Mauthausen zu gedenken und die Verdienste der RepublikanerInnen um die spanische Demokratie zu würdigen.

Mauthausen ist ein bedeutsamer Gedenkort für Spanien – das KZ wird auch „el campo de los españoles" („das Lager der Spanier") genannt, weil der Großteil der rund 9.000 spanischen NS-Opfer dort umgekommen ist. Von den 7.182 spanischen Lagerinsassen überlebten lediglich 2.335 das Vernichtungslager.[11] Von den hunderten Spanierinnen, die vor allem im KZ Ravensbrück interniert waren, sind lediglich 139 namentlich bekannt.[12] Nach Ende des 2. Weltkriegs konnten die meisten KZ-Überlebenden nicht mehr ins frankistische Spanien zurück. Einige wenige ehemalige Mauthausen-Häftlinge blieben in Österreich, während der Großteil nach Frankreich ins Exil ging.[13]

Während der Diktatur wurde über die Deportierten in die KZs nicht gesprochen. Der Verband der Mauthausen-Überlebenden, *Amical de Mauthausen*, musste Anfang der 1960er-Jahre in der Illegalität gegründet werden und wurde 1978 legalisiert. Für die weiblichen ehemaligen Gefangenen war es noch schwieriger, öffentliche Anerkennung zu erhalten: Die Vereinigung *Amics de Ravensbrück* wurde auf Initiative von Neus Català, einer der letzten spanischen Ravensbrück-Überlebenden, erst 2005 anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des KZ gegründet, nachdem es zuvor keine institutionelle Unterstützung dafür gegeben hatte.[14]

Als Reaktion auf die Debatte rund um die „Rückgewinnung der historischen Erinnerung" kündigte die PSOE-Regierung schließlich gesetzliche Maßnahmen an und erklärte 2006 zum „Jahr des historischen Gedächtnisses" („Año de la Memoria histórica").

Nach langer Vorbereitungszeit und vielen kontroversen Debatten verabschiedete der spanische Kongress 2007 mit einer sehr kleinen Mehrheit und gegen den heftigen Widerstand der Partido Popular das „Gesetz des historischen Gedächtnisses" („Ley de la Memoria histórica"). Damit wurde die frankistische Diktatur offiziell als Unrechtsregime verurteilt, Entschädigungszahlungen werden ausgeweitet, und der Staat verpflichtete sich dazu, die Exhumierungen von Massengräbern zu unterstützen. Diese sollten jedoch auch weiterhin nicht von staatlicher Seite, sondern von Opferverbänden getragen werden. Weiters sollten frankistische Symbole an öffentlichen Gebäuden und auf Plätzen entfernt werden. Ehemalige InterbrigadistInnen konnten nun die spanische Staatsbürgerschaft annehmen, ohne ihre eigene zurücklegen zu müssen.

Das Gesetz bedeutete einen Bruch mit der bisherigen Aufarbeitung der spanischen Vergangenheit. Was es jedoch nicht leistete, war, der Forderung nach „Gerechtigkeit" zu entsprechen: Die allgemeine Aufhebung der militärischen Standgerichtsurteile des Franco-Regimes wurde ebensowenig beschlossen wie

die juristische und strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen des Frankismus. Gleichzeitig sind die Urteile gegen WiderstandskämpferInnen immer noch aufrecht und müssen einzeln angefochten werden.[15]

Seitdem wurden in einigen Regionen erinnerungspolitische Intiativen gesetzt wie etwa in Katalonien, wo unter der linken Dreiparteien-Koalition 2007 das *Memorial Democratic*, eine historische Forschungs- und Ausstellungseinrichtung zur „demokratischen Erinnerung" an die 2. Republik, den Bürgerkrieg und die Diktatur gegründet wurde. Das Gebäude des *Memorial Democratic* wurde jedoch im Frühjahr 2011 von der neu gewählten rechten katalonischen Regionalregierung – deren Mitglieder zuvor gegen die Einrichtung des Zentrums gestimmt hatten – offiziell aufgrund von „Baumängeln" wieder geschlossen.[16]

In der derzeitigen schweren wirtschaftlichen Krise in Spanien könnte das Thema wieder aus dem Fokus der Aufmerksamkeit verschwinden und es ist fraglich, ob für weitere erinnerungspolitische Initiativen sowie für die Exhumierung von Massengräbern ein politischer Wille besteht und dafür Geld zur Verfügung gestellt wird. Im *Valle de los Caídos* („Tal der Gefallenen") nahe Madrid, wo sich Franco von ZwangsarbeiterInnen ein riesiges unterirdisches Mauseoleum bauen hatte lassen, liegen noch heute mehr als 30.000 Tote des Bürgerkriegs beider Seiten, für die laut Regierung jedoch die Mittel fehlen, um sie exhumieren und identifizieren zu lassen.[17]

Nachtrag

Die Unzufriedenheit mit dem politischen System, mit der hohen Arbeitslosigkeit und dem Umgang der Politik mit der Wirtschaftskrise, die sich über lange Jahre angestaut hat, zeigte sich im Mai und Juni 2011, als die *Indignados* („die Empörten") zentrale Plätze in Städten in ganz Spanien besetzten. Die Puerta del Sol in Madrid, wo die Protestcamps ihren Ausgang nahmen, war schon früher der Schauplatz politischer Manifestationen, als dort 1936 die Republik ausgerufen wurde. Wie bei vielen Demonstrationen zuvor waren auch 2011 die rot-gelb-purpurnen Fahnen der 2. Republik zu sehen. Für die AktivistInnen steht die Fahne der Republik heute für deren fortschrittliche Reformen und den Kampf gegen den Frankismus, für den Wunsch nach einem Bruch mit der neoliberalen Politik und die Kontinuität im Kampf für *Democracia real ya* („wirkliche Demokratie jetzt"), wie einer der Slogans der Bewegung lautet.

Literaturhinweise

Bernecker, Walther L./Sören Brinkmann: Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936–2008, Nettersheim 2008.

Xosé-Manoel Núñez: „Ein endloser Erinnerungskrieg? Bürgerkrieg, Diktatur und Erinnerungsdiskurs in der jüngsten spanischen Geschichtswissenschaft", in: Neue Politische Literatur, Nr. 23, 2010, S. 23–50.

Anmerkungen

1 El Periódico, 31.1.2011, S. 27.
2 Walther L. Bernecker/Sören Brinkmann, Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936–2008, Nettersheim 2008, S. 347.
3 Josefina Cuesta Bustillo, La Odiséa de la memoria. Historia de la memoria en España Siglo XX, Madrid 2008, S. 154.
4 Santos Juliá, „Memoria, historia y política de un pasado de guerra y dictadura", in: Santos Juliá (Hg.): Memoria de la guerra y del Franquismo, Madrid 2006, S. 27–77, hier S. 41.
5 Xosé-Manoel Núñez, „Ein endloser Erinnerungskrieg? Bürgerkrieg, Diktatur und Erinnerungsdiskurs in der jüngsten spanischen Geschichtswissenschaft", in: Neue Politische Literatur, Nr. 23 (2010), S. 23–50, hier S. 7f. und S. 29.
6 Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 283 und Cuesta, Odiséa de la memoria, S. 324; Irene Filip, Rückkehr der „Freiwilligen der Freiheit", in: Volksstimme, 21.11.1996, S. 8.
7 Emilio Silva, „Mi abuelo también fue un desaparecido", http://www.derechos.net/esp/algomas/silva.html (Zugriff 25.5.2011).
8 Bernecker/Brinkmann, Kampf der Erinnerungen, S. 292f.
9 Karte der Massengräber, http://mapadefosas.mjusticia.es/exovi_externo/CargarMapaFosas.htm (Zugriff 25.5.2011); Publico, 5.5.2011: http://www.publico.es/culturas/374519/el-mapa-de-fosas-dibuja-una-espana-repleta-de-historia-sin-justicia (Zugriff 28.8.2011).
10 Cuesta, Odiséa de la memoria, S. 331f.
11 El Pais, 9.5.2005: http://www.elpais.com/articulo/internacional/Zapatero/proclama/Mauthausen/locura/guerra/elpepiint/20050509elpepiint_2/Tes (Zugriff 28.8.2011); Amical de Mauthausen, http://www.amical-mauthausen.org (Zugriff 25.5.2011).
12 Namensliste, erstellt von den Amics de Ravensbrück, http://www.depardocreative.com/web_censo/censo_deportadas.html (Zugriff 25.5.2011); siehe auch Benito Bermejo/Sandra Checa, Libro Memorial. Españoles deportados a los campos nazis (1940–1945), Ministerio de Cultura, Madrid 2006.
13 Gedenkverein der Republikanischen Spanier in Österreich, http://www.grsoe.at (Zugriff 25.5. 2011), siehe auch: Die Presse, 29.4.2005: http://diepresse.com/home/diverse/archiv/114724/Die-vergessenen-Spanier-von-Mauthausen?%20from=suche.intern.portal (Zugriff 28.8.2011).
14 Edmundo Gimeno Font, „Prefacio", in: Rosa Toran, Amical de Mauthausen: Lucha y Recuerdo. 1962–1978–2008, Barcelona 2008, S. 11 und Teresa del Hoyo, Ravensbrück. Camp de concentració per a dones, Amics de Ravensbrück, Barcelona 2009, S. 53.
15 Bernecker/Brinkmann: Kampf der Erinnerungen, S. 348, 353.
16 La Vanguardia, 25.2.2011: http://www.lavanguardia.com/vida/20110225/54119142694/el-govern-cierra-la-sede-del-memorial-democratic-por-fallos-de-seguridad.html (Zugriff 28.8.2011).
17 El País, 4.5.2011: http://www.elpais.com/articulo/espana/Gobierno/concluye/imposible/exhumar/republicanos/enterrados/Franco/elpepuesp/20110504elpepunac_43/Tes (Zugriff 28.8.2011).